

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Die Brotwucherer kassieren nunmehr ihre Rechnung ein.

Als in der schwärzlichen Nacht zum 17. Dezember 1902 die Zollwucherer im Reichstage unter dem offenkundigen Bruch des Rechts und unter offener Verhöhnung der Gesetze den berüchtigten Zolltarif durchwegs durchbrachten, ein Sturm der Entrüstung die Reihen der deutschen Arbeiter. Überall wurden Protestversammlungen abgehalten und das deutsche Proletariat fällt ein vernichtendes Urteil über das schändliche Gebahren jener Leute, die das Auswärtigen des arbeitenden Volkes gewohnheits- und gewerksmäßig betreiben. Die Herren Kaufleute aber ließen sich hierdurch nicht aus der Ruhe bringen, sie zogen sich wie ein Dache mit der Wente in ihre Höhle zurück, um den Fraß zu verdauen.

Nunmehr ist die Saat geerntet, die in jenen Dezembertagen gesät wurde, denn die Reichsregierung hat das vergangene Jahr benutzt, um mit den anderen Ländern Handelsverträge abzuschließen, von denen ein Teil im zwischen dem Reichstage zur Begutachtung vorgelegt ist. Wohlgeredet — nur zur Begutachtung und zur Besprechung, denn Abänderungen an den einzelnen Verträgen sind nicht statthaft. Der Reichstag befindet sich eben in einer Zwischstellung: er muß die Verträge entweder annehmen oder er darf sie ablehnen, ein anderes gibt es nicht. Es heißt also: „Drif Vogel oder stirb!“

Bei Einbringung der ersten Gruppe dieser Handelsverträge — der mit Italien, Belgien, Rußland, Rumänien, Serbien, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz abgeschlossenen — brüstete sich der Reichstagskanzler Graf Bülow im Reichstage damit, daß er eine große Tat vollbracht und ein Werk von grandioser Bedeutung für das deutsche Volk geschaffen habe; durch dieses Werk werde das Wohl unserer gesamten nationalen Arbeit eine große Förderung erfahren. Die Sachkenner sind anderer Meinung: sie erblicken in dem „großen Werke“ der deutschen Regierung eine ungeheure schwere Schädigung der berechtigten Interessen der Arbeiterklasse und damit der gesamten nationalen Kultur.

Zunächst und vor allen Dingen läuft die neue Zollpolitik, der durch die Handelsverträge der Stempel aufgedrückt wird, darauf hinaus, den Großgrundbesitzern, besonders denen in Ostelbien, durch Erhöhung der Zölle Millionen und abermalige Millionen in den Schoß zu werfen und zwar auf Kosten der arbeitenden Klasse. Während der Reichthum der Junker steigen und einen noch größeren Luxus erzeugen wird, wie wir ihn bereits jetzt beobachten, wird die Lebenshaltung der großen Masse des Volkes erheblich verteuert und verschlechtert werden. „Es ist unbedingt notwendig“, so führte Abg. Singer im Reichstage aus, „die Auffassung zurückzuweisen, als ob die Getreidezölle der gesamten Landwirtschaft zugute kämen; sie kommen nur einer verschwindenden Minderheit von Großgrundbesitzern zugute. Ein sehr großer Teil der landwirtschaftlichen Weiser ist gar nicht in der Lage, soviel Getreide zu bauen, daß sie einen überschüssigen Teil verkaufen können, und es ist bisher die Tatsache nicht widerlegt worden, daß nur eine Minderheit von Großgrundbesitzern im großen Umfang Getreide zu Markt bringen kann. Während die kleinen Weiser, die bis zu vier Hektar mit Getreide bebauen, überhaupt nichts verkaufen können, kommt nur die Minderheit der Weiser von 1900 und mehr Hektar in die Lage, Getreide in großem Umfang zu verkaufen. Dazu gehört allerdings ein großer Teil der deutschen Fürsten, die also an den hohen Getreidezöllen beteiligt sind. Nach einige Ziffern über die Belastung des National Einkommens durch die Erhöhung der Zölle: Durch die Erhöhung des Stornzolls von 3.50 M auf 5 M wird die Bevölkerung pro Kopf um 8.52 M mehr belastet. Die Gesamtbelastung des National Einkommens beträgt 500 Millionen. Der Profit der inländischen Produktion durch die Zollerrhöhung beträgt pro Kopf der Bevölkerung 7.28 M. Angesichts dieser Zahlen werden Sie zugeben müssen, daß all das Getreide, das Volk für nichts von der Zollerrhöhung, unberechtigt ist. Ebenso wie die Getreidezölle, sind die Vieh- und Fleischzölle wesentlich erhöht. Pro Pfund Rindfleisch ist der Zoll um 6 S, pro Pfund Schweinefleisch um 7 S erhöht worden.“ Es ist also eine unbestrittene, statistisch belegte Tatsache, daß sich einige wenige heißhungrige Agrarier die Taschen füllen werden, während Millionen fleißiger Arbeiter sich den Hungerriemen fester schnallen müssen.

Obendrein ist diese Verankerung des ostelbischen Junkertums noch erreicht worden auf Kosten der deutschen Industrie. Um die unerschämten Forderungen der „notleidenden Landwirtschaft“ durchzusetzen, hat die deutsche Regierung den anderen Vertragsstaaten denjenigen Schutz ohne weiteres eingeräumt, den diese für ihre einheimische Industrie gegen die deutsche Konkurrenz verlangten. Sie zieht also gewissermaßen im Auslande künstlich eine ge-

fährliche Konkurrenz groß und gefährdet den Absatz der deutschen Waren im Auslande. Dafür gibt man aber den deutschen Großindustriellen, die sich in Zinskatalen und Kartellen zusammengeschlossen haben, die Möglichkeit, die Preise für ihre Artikel auf dem Auslandsmarkt zu steigern und sich so an den einheimischen Konsumenten schadlos zu halten für die Einbuße auf dem Auslandsmarkt. Außerdem treibt man zahlreiche deutsche Industriezweige ins Ausland und zwingt auf diese Weise dem deutschen Arbeiter die Arbeitslosigkeit, nachdem man ihn noch obendrein mit neuen Abgaben belastet hat. „Die Einfuhrzölle auf ausländische Industrieartikel“, so führte Singer weiter aus, „sind fast ausnahmslos erhöht worden. Was ist die Folge einer solchen Politik? Auf der einen Seite eine Verringderung der Lebensmittel und damit Schädigung der Volksgesundheit, auf der anderen eine Erschwerung des Exports. Daraus folgt eine Verringderung der Arbeitsgelegenheit, daraus folgt eine Vermehrung der industriellen Heerarmee, daraus folgt ein Sinken der Arbeitslöhne. Und dieser Politik sollen wir zustimmen? Die schwere Industrie ist noch am wenigsten belastet, sie kann sich durch Kartelle helfen und verkauft dann im Inlande teurer als im Auslande. Daß diese Verhältnisse so sind, wie ich sie Ihnen schilderte, beweist eine Zusammenstellung von denjenigen Industrien, die bereits jetzt Zinskatalen im Auslande errichtet haben. In Rußland, in Oesterreich-Ungarn, in Amerika, in England, Holland, in Belgien, überall finden wir deutsche Fabriken. Alle diese Arbeitsgelegenheiten sind den deutschen Arbeitern verloren gegangen. Das ist die Folge dieser Schutzpolitik, von der Sie nicht verlangen können, daß wir ihr zustimmen. Und da spricht man noch obendrein von einer neuen Ära zu Gunsten der Arbeiter. Tatsächlich rühmt sich die Regierung ausdrücklich, daß sie agrarisch sei; sie habe ein volles Äquivalent für die von ihr bei der Industrie gewährten Zugeständnisse bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen errungen. Das heißt, die Regierung hat bewußt die Industrie dem Agrarierstum geopfert. Sie hat dem Junkertum, weil es die politische Stütze der Regierung ist, hunderte von Millionen zugewendet.“

Aber wenn man den Sozialisten nichts glauben will, so wird man wenigstens den offiziellen Vertretern der deutschen Industrie Glauben schenken müssen, deren Sprecher, Dr. Demmer, sich im Reichstage folgendermaßen äußerte: „Die Schutzbedingungen der Industrie bieten ein überaus trauriges Bild. Es ist für die Industrie günstigere Bedingungen hätten erreichen lassen, wenn wir auf die landwirtschaftlichen Zölle in dieser Höhe verzichtet hätten, steht noch dahin; ich glaube es nicht. Daß wir nicht mehr für die Industrie herausgeschlagen, liegt einmal daran, daß unsere Waffen nicht scharf genug waren. Unsere Anträge auf Erhöhung der industriellen Schutzzölle sind in der Tarifkommission nicht nur von der Regierung bekämpft, sondern auch von den extremen Landwirtschaftsbündern, wie Dr. Hahn und Herr von Wangenheim, niedergestimmt. Dann aber scheint man bei den Vertragsverhandlungen diese Waffen noch nicht einmal geschickt geführt und zugeständnisse gemacht zu haben, die nicht nötig waren. Die deutsche Maschinenindustrie hat, um mit den Worten des Sowjadoschky zu reden, von den gerühmten Trumpf-Stichen nicht allein keinen Stich abbekommen, sondern ist vollständig in den Skat gelegt worden. Ganz besonders ungünstig ist die Papierindustrie fortgekommen; ihr Fachblatt erscheint mit Traueranruf. Leider ist die verhältnismäßig junge Industrie der geborenen Möbel im Vertrag mit Oesterreich-Ungarn wenig geschützt. Schwere Klagen erhebt die Schwarzwalder Uhrenindustrie. Alles in allem bilden die neuen Handelsverträge für die Industrie keinen Gewinn, sondern einen Schaden. Meine politischen Freunde sind einig darin, daß Landwirtschaft, Industrie und der werthschaffende Handel sich gegenseitig unterstützen müssen. Wir wollen keine mechanische Parität zwischen diesen Berufsgruppen, sondern eine auf volkswirtschaftlichen Erwägungen beruhende Parität nach dem Grundsatz: Jedem das Seine!“

Auch der letzte deutsche Handelstag, die offizielle Vertretung von Handel und Industrie, hat sich sehr scharf gegen die neuen Handelsverträge ausgesprochen. Allerdings jammern die Unternehmer lediglich über ihre Verluste, während die am meisten Geschädigten doch eigentlich die Arbeiter sind. Es kam keinem Zweifel unterliegen, daß die Wirkungen der neuen Handelsverträge für letztere so verderblich und unheilvoll sind, daß es eine Privatität sondergleichen ist, von den Segnungen der Schutzzölle sprechen zu wollen. Die deutschen Arbeiter haben deshalb die Pflicht und Schuldigkeit, in den nächsten Jahren bis zum Ablauf der Handelsverträge ihre Organisationen zu stärken und darauf zu Kampfsorganisationen im besten Sinne des Wortes auszugestalten, daß die Regierung es nicht mehr wagen wird, dem deutschen Proletariat neue Lasten aufzubürden, um den „Edelsten der Nation“ die Taschen zu füllen.

Zur Lohnbewegung.

Die vornehmste Aufgabe unserer Vereinigung ist die Erstrebung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wie in den letzten Jahren unsere Vereinigung die vornehmste Aufgabe nachkommen ist, darüber haben wir unsere Kollegen stets eingehend informiert und zudem geben auch am besten die Jahresabrechnungen die zahlenmäßige Auskunft. Immer umfangreicher und schärfer treten die Lohnkämpfe in unserem Gewerbe hervor, was wohl zu verstehen ist, wenn wir den Standpunkt vom Großmachtsdünkel der Schatzmacher unter den Arbeitgebern in Betracht ziehen und erwägen, wie im allgemeinen die Lohnverhältnisse unserer Berufscollegen gegenüber den der übrigen Bauhandwerker zurückstehen.

Auch die diesjährige Bewegung scheint nach den eingegangenen Meldungen eine sehr umfangreiche zu werden. Biewohl der Winter noch nicht vorüber, beginnt es sich in einer Reihe von Zirkeln und Zahlstellen schon zu regen und werden Vorbereitungen getroffen, die beinahe Saison so weit wie möglich für die Verbesserung der Verhältnisse auszunutzen. Das fortwährende Steigen der Mieten, die anhaltende Verteuerung aller Lebensmittel und dergl. und die Unsicherheit im Arbeitsverhältnis erzeugen selbst in den rückständigsten Gegenden eine bisher nicht gekannte Unzufriedenheit, das treibende Element des zum Massenkampf erwachenden Proletariats.

Daß in allen Fällen die Vorbereitungen mit der nötigen Sachkenntnis und vollem Ernste getroffen werden müssen, darf keinen Augenblick außer Acht gelassen werden. Die Lehren aus den bisherigen wirtschaftlichen Kämpfen, auf die wir so oft schon hingewiesen, sind wohl in Erwägung zu ziehen, um die Organisation vor unnützen Opfern zu bewahren und den Mitgliedern die sonst nicht ausbleibenden Enttäuschungen zu sparen. Besonders den neugegründeten, noch nicht genügend erstarkten Zahlstellen gilt diese Mahnung, denn erfahrungsgemäß wird bei diesen nur allzu leicht mit Forderungen vorgegangen, ohne den notwendigsten Bedingungen, die eine erfolgreiche Beendigung voraussetzen, gerecht zu werden. Aber auch an diese älteren Zirkeln, denen nur ein geringer Teil der anwesenden Kollegen angehört und die glauben, durch Stellungnahme zu einer Lohnbewegung erst das Gros der Kollegen zu gewinnen, ist zur rechten Zeit ein ernstes Wort zu richten. Jede Lohnbewegung bedarf der sorgfältigsten Vorbereitung. Es darf nicht so weiter gehen, daß die großen Summen für Streikunterstützung zum allergrößten Teile für Mitglieder ausgegeben werden, die selbst erst nur wenige Kenntnisse an die Organisation geleistet haben und obendrein noch nach heftigem Kampfe ebenso schnell wieder verschwinden, wie sie gekommen.

Die Lösung aller Streitfragen wird von unserer Vereinigung mit den Arbeitgebern auf friedlichem Wege gesucht. Im vergangenen Jahre gelang es auf diesem in 17 Städten Lohnsätze zu vereinbaren. Darum weisen wir es von uns, wenn immer und immer wieder einige Heber unter den Arbeitgebern die Behauptung aufstellen, von den Führern der organisierten Gewerkschaft werde die Einigung zwischen Meister und Gezellen verhindert. Unsere Organisation hat gleich den übrigen deutschen Gewerkschaften stets den Grundsat anerkannt, daß nicht der Kampf an sich, sondern das Wohl des Arbeiters der Zweck des Kampfes ist; nie wird um des Streikes willen gekämpft, sondern der Streik ist die ultima ratio, um auf diesem Wege unseren berechtigten Forderungen den Nachdruck zu verleihen, wenn alle friedlichen Mittel erschöpft sind. Wo nur eine friedliche Einigung möglich war, hat unser Verband diese nie zurückgewiesen und nicht an ihm lag es, wenn schließlich nur noch die Entscheidung von Macht zu Macht übrig blieb. Immer waren es die Unternehmern, die diese einzige und nicht immer ersichtliche Lösung verschuldeten, sei es durch sturte Ablehnung aller Verhandlungen oder durch die grundsätzliche Ablehnung der Forderungen, sei es durch mangelndes Entgegenkommen. Die Führer der Organisationen sind sich ihrer Verantwortung wohl bewußt, als daß sie es so leichter Hand auf einen Kampf antommen lassen, ohne ein Mittel zur Verständigung unbenutzt gelassen zu haben. Denn angesichts des gesteigerten Mißtraus eines Kampfes ist jede friedliche Verständigung ein größerer Gewinn als ein Sieg nach wochen- oder monatelangen Kämpfen. Damit ist aber durchaus nicht gesagt, als ob unter allen Umständen ein Tarif abgeschlossen werden müsse. Niemals werden unsere Kollegen einem Tarife zustimmen, der ihnen Verschlechterungen bringt oder gar Bestimmungen enthält, die wir prinzipiell nicht anerkennen. Beinahe besser gar keinen Tarif, als einen solchen, durch den sich unsere Kollegen zu ihrem eigenen Schaden binden. Dann lieber freie Hand behalten. So schreibt zutreffend die wirtschaftliche Wochenchrift „Blut“, daß die moderne Streiktaktik rückwärts Bewegungen zur Erringung einzelner Positionen verlangt. Bleiben sie ohne praktische Wirkung, dann kein Weiterführen des Streiks bis zum Verbluten, sondern das Geschäft muß abgebrochen werden. Zeit und Geld wird für das nächste Mal aufgespart. Immer bleiben die Kämpfer

in Wasser. Steter Tropfen höhlt den Stein sicherer, als wenn alle Tropfen auf einmal, zum Sturzbach vereinigt, auf ihn herniederfallen. Und nicht einmal langwieriger kommt man zum Ziel. Solange wie das Damokleschwert in der Luft hängt, ist es gefährlich, wenn es dem, dessen Kopf es treffen sollte, vor die Füße fällt, ist es ein untaugliches Mittel geworden; die ewige Kampfbereitschaft zwingt zum Vorführen.

Diese Kampfbereitschaft zu pflegen, ist Aufgabe einer jeden Zentrale. Und nur diejenige wird ihrer Aufgabe voll gewachsen sein, welche sich auf zuverlässige Mitglieder stützen kann, welche auch für ihre Organisation die nötigen Opfer zu bringen bereit sind.

Nach den Adlerjahrdarstellungen in Frankfurt a. M. muß streng der Bezug ferngehalten werden, da fortgesetzt Maßregelungen von Ladrern vorkommen.

In Dortmund haben bei der Firma Wohlge muth & Manold aus Guden (Schlesien) 40 Kollegen die Arbeit eingestellt. Betreffende Firma hat für den Hauptwohnungsverein größere Arbeiten auf dem Submissionswege erhalten, natürlich infolge ihres ungeheuren Abgebotes; während Dortmunder Malermeister die Arbeiter zu 7000 M. veranschlagt hatten, werden sie von dieser Firma, die u. a. auch in Wilhelmshaven und Hannover Zentrale haben soll, für 36000 M. ausgeführt. Wie stets bei der Schmutzkonturrenz der Arbeiter als der leidtragende Teil angesehen wird, geht bei diesem Fall sehr deutlich hervor. Die Firma rechnete wohl mit den in Thüringen noch üblichen elenden Löhnen und brachte auch zula 20 Kollegen aus der dortigen Gegend mit. Mit diesen Löhnen gaben sich aber die neuangehenden Kollegen nicht zufrieden und beschloßen in einer Werkstellensammlung, an die Firma die Forderung zu richten, daß sie ebenfalls die in Dortmund geltenden Lohnsätze einhalte und zwar für Kollegen unter 20 Jahren einen Mindestlohn von 42 S. und für Kollegen über 20 Jahre 45 S. die Stunde garantiere. Den zur Unterhandlung vorstellig gewordenen Kollegen gaben die Herren der Firma nach langem Erwägen die Erklärung, daß sie die Mindestlöhne von 42 und 45 S. anerkennen, wodurch der Werkstellenstreik beigelegt wurde. Die Aktion wurde gemeinschaftlich mit den Christlichen geführt.

In Stettin wurde in einer kürzlich abgehaltenen Bezirkskonferenz ein Lohnkartell aufgestellt und vom Gesellenausschuß der Innung unterbreitet. Auf die Forderungen kommen wir noch zurück.

Die Ladrer in Kiel, in Betracht kommen 3 Werkstellen mit 16 Arbeitkräften, haben an ihre Meister folgende Forderung eingereicht: Minimallohn für Ladrer 45 S., für Hilfskräfte 38 S. die Stunde bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit. Für Nebenstunden von 6 bis 8 Uhr abends 10 S., für Nacht- und Sonntagsarbeit 20 S. Ausschlag die Stunde. Die übrigen Bestimmungen lauten wie der Maler tarif. Die Forderungen sind sehr bescheiden, so daß eine friedliche Vereinbarung zu erhoffen ist, zudem auch in Hamburg ein Tarif mit den Ladrern kürzlich abgeschlossen wurde.

Malermeisterverbandstage.

Schlesien. Der 17. Unterverbandsstag der selbständigen Maler, Ladrer und Staffierer der Provinz Schlesien (Deutscher Malerbund) begann am Mittwoch den 22. Februar mit der Eröffnung einer von etwa 70 Ausstellern besetzten, sehr reichhaltigen Fachausstellung, die in der Aktienbrauerei stattfand. An den Verhandlungen, die vom Obermeister der Breslauer Innung, Ludwig, geleitet wurden, nahmen über 100 Herren teil. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß der Unterverband 783 Mitglieder zählt und auch im letzten Jahre wieder stark zugenommen hat. Den Vorstandsmitgliedern wurden anlässlich ihrer Reisen zum Unterverbandsstage für dieses und nächstes Jahr je 10 M. für den Tag der Sitzungen und die Fahrtkosten zugewilligt. Von einem Redner wurde darauf hingewiesen, daß auf der Ausstellung auch Arbeiten des Kunsthandwerks ausgestellt waren, worauf Herr Schulz-Weipzig unter Weisfall bemerkte, Studien sollten nicht prämiert werden, vielmehr sollte das Einfache, Praktische und dabei Schöne den Vorzug haben; wer mit zwei, drei Farben etwas Gutes leiste, verdiene den Vorzug vor einem anderen, der den ganzen Farbkasten vereine. Diesen Grundgedanken wurde dann auch bei der Preisverteilung entsprochen. Sodann wurde über einen Antrag der Innung Breslau referiert, einen Arbeitgeberbund für das Malergewerbe zu gründen, um sich bei willkürlichen Streiks gegenseitige Unterstützung zu schaffen. So sollten sich die Meister z. B. verpflichten, aus den Städten, von denen der Bezug fremder Arbeiter ferngehalten werde, keine Arbeiter anzunehmen. In der Debatte wies u. a. der Syndikus der Breslauer Handwerkskammer darauf hin, der Krebschaden im Handwerk sei der Mangel an Einigkeit; gründeten jedoch die Verbände einen Arbeitgeberbund, so würden die Eigendrücker gezwungen (den Terrorismus kennt man, der hierbei zur Anwendung kommt. D. Red.) sich anzuschließen. Schließlich beschloß die Versammlung, sich mit der Gründung eines solchen Bundes einverstanden zu erklären und die Beratung der Statuten einer Kommission zu übergeben. — Am Donnerstag beriet man zunächst über den Antrag Beuthen, den Fortbildungsschulunterricht für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober ausfallen zu lassen und dafür eventl. für die Wintermonate wöchentlich drei Unterrichtsstunden einzuführen. Schließlich wurde der Antrag angenommen, es den einzelnen Innungen zu überlassen, ob eine Kürzung oder ein Ausfall des Unterrichts stattfinden soll. Bei der hierauf folgenden Beratung über den Gesellenwurf betr. Verarbeitung von Bleifarben referierte der Bundespräsident über die Verhandlungen mit dem Ministerialsekretär, die zu erregten Debatten geführt hätten, und die Versammlung dankte ihm für sein tatkräftiges Eingreifen. Hierauf referierte der Syndikus der Breslauer Handwerkskammer über die von den Handwerkskammern in Schlesien angestrebten Meisterkurse; u. a. bemerkte er, die Durchführungskurse hätten sich besser bewährt als die Fachkurse. Einerseits wurde unter Weisfall geäußert, Meisterprüfungen seien wohl angebracht, aber nicht Kurse, denn die Meister sollten selbständig sein, andererseits wurde bemerkt, in großen Städten brauche man diese Kurse nicht wegen genügend vorhandenen Bildungsstoffes, sondern nur in kleinen; übrigens sei in diesem Punkte Oesterreich vorbildlich gewesen. Zum Schlusse wurde eine Resolution angenommen, wonach die Handwerkskammern ersucht werden sollen, den Meisterkursen ihre Aufmerksamkeit zu widmen; die beteiligten Innungen

sollen Geldmittel und Stipendien bereitstellen, und es soll ein Studienplan ausgearbeitet werden. Am Freitag wurde nach einem Referate über die in Berlin erfolgte Gründung einer Mittelstands-Vereinigung beschlossen, daß die für die Arbeitgeberverbände gewählte Kommission auch behufs Gründung von Ortsgruppen der Mittelstandsvereinigung in Schlesien tätig sein solle. Ferner beschloß man, in die Vertäge mit Verlin den den Papst aufzunehmen, daß Verlin keine Vereinigung angehören dürfen, da öfters die Sozialdemokratie unter dem Deckmantel von Turnvereinen ihre Interessen wahrnehme. Nachdem Obermeister Ludwig-Breslau wieder auf 3 Jahre zum Vorsitzenden ernannt worden und beschlossen war, den nächsten Unterverbandsstag in Schweidnitz abzuhalten, beschloß man ferner, den Unterverband über die Provinz auszudehnen.

Schlesien. Der vierte Verbandsstag der badischen Maler, Ladrer und Tischlermeister fand am 22. Januar im Hotel „Lambäuser“ statt. Anwesend waren 59 Meister. Die Mitgliederzahl des Verbandes soll 304 betragen. Der Präsident Herr A. Müller-Kreuzberg gab u. a. bekannt, daß die beschlossenen Entlassungskomitees und der Entwurf einer Verfassungsverordnung nunmehr den Mitgliedern zur Verfügung stehen. — Bei dieser Gelegenheit verfuhr er über die Lage des Handwerks, wobei er auf die Mithilfe der Submissionswesen hinwies, die sozialen Gesetze nach der bekanteten inunungsmeistlichen Methode würdige, um dann selbstverständlich durch den Hinweis auf die „Mittige Lohnsteigerung und Verkürzung der Arbeitszeit“ die nötige Zustimmung zu erzeugen. Zwar verwarf er nicht die von den organisierten Gehülften erzielte Arbeitstarife, nur müßten diese den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen. Zum Schlusse erwähnte er, für eine erträgliche Existenz jenseits Berufs einzutreten und mit allen Mitteln an der Hebung unseres Standes weiter zu arbeiten. Schon der nächste Redner, Ober-Meister, gab durch seine von seiner Sachkenntnis getriebenen Ausführungen zu erkennen, wie sich die Hebung unseres Standes, wozu auch die Gehülften zu rechnen sind, in seinem Sinne macht. Die Festsetzung von Minimallöhnen in unserem Gewerbe, weil unberechtigt, sei zu verwerfen. Bei Lohnbewegungen verhindern die Führer der organisierten Gehülften oft die Einigung zwischen Meistern und Gehülften. Als Folge hiervon bezeichnet er die vielen Streiks und sahja als Unvermittel vor, keine Streikenden mehr einzustellen. — Hierauf folgte eine lebhaft diskutierte und trotz verschiedener Einwendungen wurde nachfolgender, von Lenmann-Mannheim gestellter Antrag angenommen: „Der 4. badische Malerverbandsstag beschloß, daß die anwesenden Meister sich durch Unterschrift solidarisch verpflichten, keinen streikenden Gehülften einzustellen, wenn derselbe sich durch schriftliche Versicherung einigung seines bisherigen Meisters nicht ausweisen kann, daß er nur durch Zwang seiner Kollegen die Arbeit niedergelegt hat.“ Solche Beschlüsse sind uns nichts neues und so oft auch einige Handwerksbeglader beschlossen haben, keine streikenden Gehülften einzustellen, die Verhältnisse in unserem Gewerbe sind und bleiben, das beweisen die Tatsachen, solchen Wernegroßen böhmische Dörfer. Schon die Annahme, als ob bei der heutigen Klassenjustiz bei Lohnbewegungen Gehülften zwangsweise zur Teilnahme benogen werden, ist, na sagen wir, eine so naive, daß wir uns eine Widerlegung versagen müssen, kämpften doch selbst Götter vergebens gegen die sancta simplicitas.

Das eine ist aber gewiß, und das tritt aus obigen zwei Verbandsstagen sehr augenfällig hervor, daß die wohlbekannten Begehren in den Organisationen der Malermeister planmäßig ihre Tätigkeit entfalten und alle Bestrebungen der organisierten Gehülften zur Erreichung anständiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse und geregelter Zustände im Gewerbe zu hinterreiben suchen. Das muß allen Kollegen unseres Berufs in allen Gauen des Reiches zum Bewußtsein gebracht werden! Den drohenden Gefahren ist beizeiten vorzubeugen und das ist nur durch die Stärkung unserer Vereinigung zu vollbringen. Der kluge Mann baut vor, Organisation ist die Signatur der Zeit, kein ehrlicher Kollege darf sich unter den heutigen Verhältnissen feige von der Organisation seiner Mitbrüder drücken, es gilt die Wahrung unserer Interessen und darum Kollegen Deutschlands, beginne unter dieser Parole mit aller Macht, mit zielbewusster Energie unsere Frühjahrs-agitation!

Aus unserem Berufe.

— In Fürstentum haben sich nach langer Pause wieder die Kollegen aufgerafft und gründeten am 14. Februar eine Zählstelle, der sofort 21 Kollegen beitraten. Wir wollen hoffen, daß der Bestand nunmehr ein gesicherter ist, denn die wirtschaftlichen Zustände sind bei Löhnen bis zu 35 S. die denkbar schlechtesten.

— Aus Württemberg. Aus dem scheinbar zufälligen Anwege über Ulm erhält die Weltkenntnis von der Agitationsarbeit der Stuttgarter Malermeister, den Pionieren des Süddeutschen Malermeisterverbandes. Die Morgenausgabe der „Ulmer Zeitung“ vom 18. Februar enthält folgende kleine Notiz:

„Neutlingen, 16. Febr. Am der Gründung einer Malergesellschaft am hiesigen Blase beizuwohnen, trafen gestern 50 Mitglieder der Stuttgarter Genossenschaft hier ein. Nachdem die Stadt besichtigt worden war, fand am Abend die Gründungsverammlung statt. Nach lebhaften Debatten meldeten sich zahlreiche Mitglieder.“

Daß von diesem wichtigen Ereignis die „Ulmer Zeitung“ Mitteilung erhält, ist wohl auf die Absicht zurückzuführen, daß nach den Neutlinger Malermeistern nun auch die Ulmer dran kommen sollen. Die Stuttgarter Malermeistergenossenschaft hat nicht umsonst anstelle der bisherigen Vorstandsmitglieder ihre hervorragenden Scharmacher gelehrt. Unsere Kollegen an den betreffenden Orten werden die Wirkungen dieser Agitation wohl bald zu fühlen bekommen, wenn sie nicht ebenso wie ein Mann in ihrer Organisation zusammenstehen und unausgelehrt für die Stärkung unserer dortigen Zentrale bzw. Zählstelle tätig sind. Darum auf, ihr Kollegen, zur Agitation!

— Einen rührend-schönen Abschluß fand der Meisterkurs für Dekorationsmalerei, den die Münchener Malerinnung veranstaltet hat. Am 19. Februar wurde der

Zählplatze abgehalten. Die erste Rede hielt der kleine unermüdete Kommerzienrat Nagler, dann sprach der als Vertreter des Ministeriums des kgl. Hauses und des Meisters erscheinende Legationssekretär 1. Klasse Dr. Nothner, dann sprach Obermeister Stolz und zuletzt gestattete man einem Kunstteilnehmer, Herrn Ludwig Tiefenbacher, das eingelehrte Lautsprüchlein an die hohe Regierung, an die Malerinnung und an die Herren Lehrer bezugend. Fehlte nur noch das weiße Kleidchen, der Blumenkranz und das Gelegenheitsgedicht. Und dieser ganze Gams um einen Meisterkurs, den im ganzen 14 Personen — 5 Meister und 9 Gehülften — besucht haben. Ein solches Vimborium gehört nicht zu solchen Murjen.

— Wie weiße die Welt regiert wird, geht auch aus der preussischen Verkehrsordnung hervor. Durch Aufhebung der Beschränkung I zu § 50 dieser Verkehrsordnung wird nämlich die Beförderung giftiger Metallfarben von der Gültigkeitsdauer ausgeschlossen. Die Berliner Handelskammer möchte diese Bestimmung abgeschafft wissen, weil es tatsächlich im Handelsverkehr sehr bedauerlich ist, wenn Metallfarben auf Meißel, Meißel, Meißel nicht durch Gültigkeit, sondern nur als Frachtgut oder als Postpaket transportiert werden dürfen. Wie diese Bestimmung in die Verkehrsordnung gekommen ist, ist uns unerklärlich. Während in den Eisenbahnverträgen die giftigen Metallfarben massenweise verwendet werden, streut sich die Mahnerverwaltung die eingepackten Metallfarben, sofern sie giftig sind, als Gültigkeit zu übergeben. Als fraglich, das länger läuft, ist es nicht bedenklich und auch der Post schadet es nicht, wenn sie die eingewickelten giftigen Farbstoffe transportiert, und zwar auf der Eisenbahn. Ein Preis dem, der diese Maßregel ergründet!

— Eine Statistik über die Schädlichkeit der Verwendung von Meißel wird der Ortskrankenkassenverband Stuttgart a. M. aufnehmen. In den einzelnen Ortskrankenkassen, in denen Meißel als Krankheitsursache in Betracht kommen kann, wird nun der Arzt über die Ergebnisse seiner Beobachtungen der Ortskrankenkasse Mitteilung zugehen lassen. Hoffentlich findet dies Vorhaben auch bei den übrigen Ortskrankenkassen bald Nachahmung.

— Altona: Arbeitslosen- und Krankheitsstatistik für die Monate Oktober, November und Dezember 1904:

	Zahl der ausgefallenen Arbeitstage:			Inser Beruf beschäftigte: alle die Kollegen
	a) Wegen Arbeitsmangel	b) Wegen Witterungsverhältnisse	c) Wegen Krankheit	
Oktober:	Verheirat. Kolleg. 578 1/2 Ledige Kollegen 501	25 1	38 68	253 174
November:	Verheirat. Kolleg. 677 1/2 Ledige Kollegen 889	40 1/2 —	102 101	302 294
Dezember:	Verheirat. Kolleg. 773 Ledige Kollegen 1244	43 —	182 80	495 313
Gesamt-Summa . 4663 den Tag durchschnittlich zu		109 1/2 — Wrt.	571	1831 24
4.50 Wrt. gerechnet = 20983.50 Wrt.		492.75		

In Altona und Blankenese sind von 280 ausgegebenen Fragekarten 237 ausgefüllt wieder eingegangen. Es waren 133 verheiratete und 104 ledige Kollegen. Von diesen haben 83 verheiratete und 73 ledige Kollegen oben angeführte Lohnansätze durch Arbeitsmangel und Witterungsverhältnisse erlitten. 24 Kollegen waren außer Beruf beschäftigt, während 57 garnicht gefeiert haben.

Aus diesen Zahlen können die Kollegen ersehen, daß die Arbeitslosigkeit innerhalb der Zentrale Altona und Blankenese für das lebe Vierteljahr 1904 eine große zu nennen ist. Auch das erste Quartal 1905 schließt mit einer großen Arbeitslosigkeit ab; gibt es doch schon viele Kollegen, welche 16 Wochen und darüber hinaus gefeiert haben.

Jahresbericht der Zählstelle Dresden.

Es dürfte vielen Kollegen, auch außerhalb Dresdens, noch erinnerlich sein, daß wir zu Beginn des Jahres 1904 versuchten, auf dem Wege gütlichen Verhandels eine Besserung unseres Tarifs zu erzielen. Da dies nicht möglich war, die Anwendung schärferer Mittel aber nicht angezeigt schien, beschieden wir uns damals vorläufig. Dadurch war das Jahr von vornherein mehr dem Ausbau und der ruhigen Fortentwicklung unserer Organisation gewidmet. Trotzdem hat es nicht an Arbeit für alle verfügbaren Kräfte gefehlt. Es mußten die angeschlossenen Fabrik- und Werkstellendadrer der Organisation gesichert werden. Dazu kam, daß durch Einverleibung der Zählstellen Mägeln, Meißel und Birna der früher beschränkte Wirkungskreis ausgedehnt wurde auf das gesamte Dresdner Wohngebiet. Ferner stellten sich bei der Hauskaffierung nach dem bisherigen System Schwierigkeiten heraus, die einer Lösung harren.

Wichtig war vor allem die Behandlung der Frage der Bleigefahren in der vor jedem Hauche des modernen Lebens sorgfältig gehüteten Dresdener Stadtregierung. Durch unser Dazwischentreten mußte man in diesem Falle auch die Arbeiter zur Begutachtung heranziehen, und dadurch ist eine Verordnung zustande gekommen, die sich auf dem Papier gut ausnimmt. Die Bleigefahr zu beseitigen, ist sie natürlich trotzdem, wie alle Verordnungen, nicht geeignet. Daß sie bisher auch noch nicht in Kraft getreten ist, deutet darauf hin, daß man warten will, wann und in welcher Verfassung die bekannte Bundesratsverordnung zur Welt kommt.

Die Mitgliederzahl, nach 52 Wochenbeiträgen berechnet, ist gestiegen von 867 im Jahre 1903 auf 1211 im verfloßenen Jahre, wovon auf die einverleibten Zählstellen 119 entfallen. Dies bedeutet eine Zunahme von 38 1/2 Prozent. Seit 1900 hat sich unsere Mitgliederzahl erhöht von 198 auf 1211, also mehr als das Sechsfache. Aufnahmen wurden gemacht 701 gegen 593 im Jahre 1903. Ende 1903 waren von den im Mitgliederregister vorhandenen 1432 Organisierten länger als ein Jahr Mitglied (also voll unterstützungsberechtigt) 833, und 605 gehörten noch nicht ein volles Jahr der Vereinigung an. Von den im Jahre 1903 aufgenommenen 593 Mitgliedern sind der Organisation treu geblieben, respektive haben 1904 ihre einjährigen Mitgliedsbücher gegen vierjährige umtauschen lassen 412, gegen das Jahr 1903 eine Steigerung um 100. Das zeigt, daß die Kollegen mehr und mehr ein-

Technischer Teil.

Schriftbild und Schriftform.

Mit 16 Abbildungen.

In der Bewegung um neue Ausdrucksformen in der angewandten Kunst spielt auch die Vergeltung der Schrift eine Rolle. In dem Herüber und Hinüber der Meinungen entstanden bei den Fortschreitenden die Programmwörter von der Raumwirkung der Schrift, der Schrift als Ornament, der Nachwirkung der Schrift.

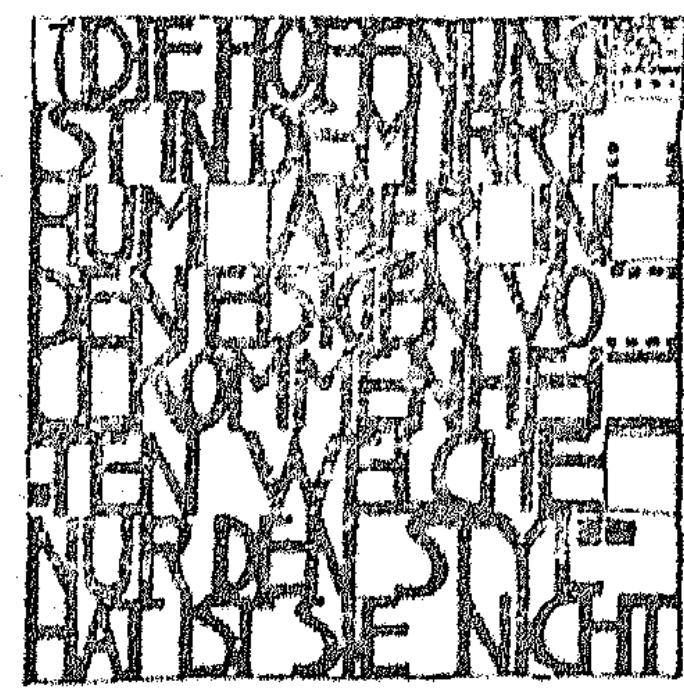


Abb. 1.

Wie weit jene Schlagworte auf die Schrift der Firmenbilder und Plakate Geltung oder Wirkung haben, das wollen wir einmal an der Hand dieser Abbildungen besprechen.

Beginnen wir zunächst mit der unleserlichen Schrift. Ohne Zweifel war dieser Vorwurf der Unleserlichkeit der Schrift nicht immer unberechtigt, und gerade die Verhüte der am radikalsten vorwärts dringenden Künstler, wie sie sich



Abb. 2.

etwa um den Wiener N. v. Larisch scharten, sind nicht immer glücklich gewesen. In dem von Larisch herausgegebenen Werke: Beispiele künstlerischer Schrift findet man manche, man möchte sagen, krankhafte Versuche, die Schrift auf ein künstliches Axiom zuzuschneiden; Versuche, die sich von den Theorien Larischens weit entfernten.

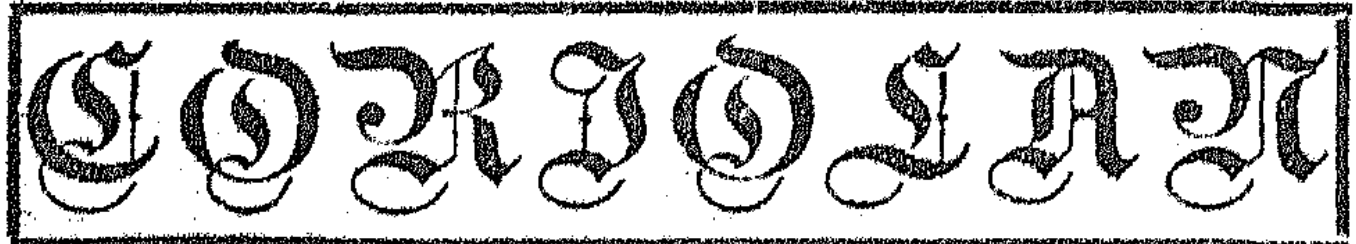


Abb. 3.

In Abbildung 1 führen wir einen solchen Versuch des Engländers Macintosh an, der an sich ein feiner, aber mit Vorsicht und Maß zu genießender Dekorationskünstler ist. Ganz abgesehen von den sprachlichen, und durch die Zeichnung eben noch vermehrten Fehlern in dem deutschen Satzgebilde kann man darin auch keine künstlerischen Werte erblicken. Diese Schrift ist nicht gezeichnet, sie ist in geschwinder, unbeholfener Weise gestammelt, jeder dekorative Wert ist anscheinend absichtlich vermieden, trotzdem diese Schrift ornamental wirken soll.

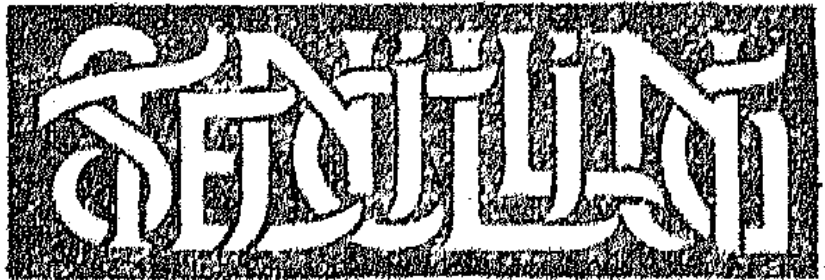


Abb. 4.

Was als ornamental wirkende Schrift anzusehen ist, wird in Abbildung 2 klar werden, die von Alb. Carl Kitch entworfen ist und die auch aus dem oben zitierten Werke von Larisch stammt. Hier ist die Mäße im Schriftbild, die Buchstaben vagieren nicht herum, sondern

Feuilleton.

Eine technisch-lustige, lehrreiche Geschichte von einem Bismarck-Denkmal.

Die Stadt Düsseldorf hatte, einem dunklen Drange gehorchend, sich ein Bismarckdenkmal geleistet. Als man dem Dichter Heinrich Heine in seiner Vaterstadt, im selben Düsseldorf, ein Denkmal setzen wollte, da wehrte man sich dagegen, und es unterblieb. Aber der Gutsinspektor auf dem Kanzlerfessel war für die guten Düsseldorfser Honorationen eine andere, respektablere Größe, der durfte ein Denkmal bekommen. An der Alleestraße, bei der Kunsthalle hatte man es aufgestellt, schön aus Bronze gegossen.

Da wurde eines Tages die Alleestraße asphaltiert, und patriotisch, wie der Unternehmer war, kunstbegeistert brachte er dem ehernen Kanzler, ein mehrwöchentliches Machopfer dar; in seiner Weise, die ihm am nächsten lag, ließ er nämlich seine Asphaltfessel direkt unter dem Bismarckdenkmal aufbauen, sodas der Nationalheld mit einer Mischung von Asphaltdämpfen und Kohlendampf und Rauchkräften angegriffen wurde. Der gegessene Mann nahm jedoch die Opferung übel auf, und da er sich nicht sonderlich gut rühren konnte, blieb ihm nichts anderes übrig, als vor Herger schwarz zu werden. Das gefiel jedoch wieder den guten Düsseldorfser Patrioten und Stadthauptern gar nicht, zumal die Düsseldorfser Ausstellung vor der Tür stand, und man beschloß deshalb, das Denkmal zu reinigen. Und damit setzt eine technische Begebenheit ein, die man in der Industriestadt Düsseldorf, in der die metallurgische Technik doch sicher nicht unbekannt sein dürfte, nicht für möglich halten sollte. Nicht für möglich halten auch, weil wir im zwanzigsten Jahrhundert leben und in einer Zeit, in der man in Denkmalsachen doch auf dem Gipfel der Erfahrung sitzen sollte!

Eine Gießerei wollte 350 M für die Reinigung haben; das Denkmal Wilhelm des Großen wollte sie für 850 M reinigen. Das war indes zu teuer, und man übertrug

stehen fest und geschlossen da und fügen sich gut aneinander. Man hat dieser Schrift gegenüber behauptet, daß sie besonders unleserlich sei. Wir meinen das aber nicht. Mit der Unleserlichkeit ist es überhaupt ein eigen Ding, wir sollten eher sagen, daß wie an diese Schrift nicht in dem Maße gewöhnt seien, wie an die gewöhnlichen Schriften. Unsere deutsche Krafterschrift, in der z. B. dieser Artikel gedruckt ist, erscheint dem Ausländer, der an die lateinische Schriftform gewöhnt ist, vielleicht ebenso kompliziert und unleserlich. Wie sich die Lesbarkeit des nämlichen Wortes macht, wenn wir es aus Besätzen aus der Krafterschrift oder aus der gotischen Schrift zusammensetzen, zeigt Abb. 3, für viele wird das Wort direkt unleserlich sein. Wie kompliziert unsere gewöhnlichste deutsche Druckerschrift ist, merken wir auch, wenn wir das große Alphabet aus dem Kopie zeichnen wollen, wie nicht verzierter Schriftmaler ist, wird dabei Schriftbruch nach wenigen Buchstaben eintreten, während ihm das lateinische Alphabet ohne großes Bestimmen aufliegen wird.



Abb. 5.

Der Abb. 3 gegenüber erscheint sogar Abb. 4 leicht lesbar, obwohl hier der Schablonentechnik zu Liebe, die das von dem englischen Schriftmaler Lewis R. Day für Behndorffers Schriftatlas 11. Folge gezeichnete Wort andeutet, die Buchstaben zu einer möglichst kompakten Masse zusammengedrückt sind. Auch diese Schrift hat ornamental Charakter, sie fällt den gegebenen Raum nach allen Seiten aus, wirkt nicht als zufälliges Füllsel, sondern als notwendige, dem Raum angepaßte Füllung der Fläche.

Wir lernen also hier den ornamental Charakter der Schrift genauer kennen. Ein noch deutlicher ausgeprägtes Element der Komposition ist aber die Schrift da, wo die von ihr bedeckte Fläche als notwendiger Farbfleck betrachtet gezogen ist. In Abb. 5, die einem von M. F. Grabl für Behndorffers Schriftatlas gezeichnetem Platte entstammt, haben wir ein solches Beispiel von farbiger Wirkung des Schriftbildes. Man denke sich an den Komplex der drei Zeilen aus der an sich und in der durch die Wiedergabe bedingten Einfarbigkeit wenig bedeutenden



Abb. 6.

Wir lernen also hier den ornamental Charakter der Schrift genauer kennen. Ein noch deutlicher ausgeprägtes Element der Komposition ist aber die Schrift da, wo die von ihr bedeckte Fläche als notwendiger Farbfleck betrachtet gezogen ist. In Abb. 5, die einem von M. F. Grabl für Behndorffers Schriftatlas gezeichnetem Platte entstammt, haben wir ein solches Beispiel von farbiger Wirkung des Schriftbildes. Man denke sich an den Komplex der drei Zeilen aus der an sich und in der durch die Wiedergabe bedingten Einfarbigkeit wenig bedeutenden

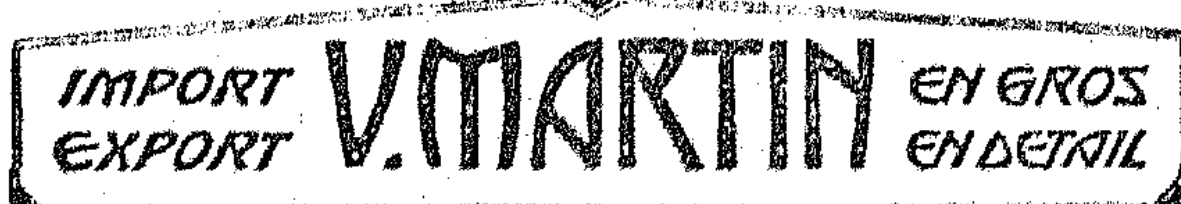


Abb. 7.

Einzahlung hinweggenommen, und man wird sofort merken, daß das Schriftbild unweigerlich zu dieser Komposition gehört, daß man sogar sagen kann, die Umrahmung wirke hier wirklich ihrem eigentlichen Zwecke nach als eine Abgrenzung des Schriftkomplexes.

deshalb die Reinigungsarbeit einer Düsseldorfser — Fensterreinigungsanstalt, die nun, weil sie dachte, Waschen und Reinigen ist erledigt, an ihre Arbeit ging.

Nun muß man wissen, daß Bronzegegenstände schon von der Gießerei aus mit einer Art Patina überzogen werden. Diese Patina ist mit chemischen Mitteln erzielt, und sitzt nur in dünner Schicht auf der Bronze. Die Düsseldorfser hatten jedoch erwartet, daß sich im Laufe der Zeit die sogen. Edelpatina, jener hellgrüne Anlauf bilden werde, was aber nach wissenschaftlichen Untersuchungen in mit Kohlendampf gesättigter Atmosphäre, die doch auch in Düsseldorf vorhanden ist, gar nicht mehr möglich ist; alle hellgrün patinierten Kupferdächer und Bronzegegenstände stammen aus früherer Zeit, als es keine Fabriken mit Dampfmaschinen gab, und als in den Haushaltungen mehr Holz geheizt wurde. Nichtsdestoweniger wollte man aber in Düsseldorf einen grünen Bismarck haben, und man glaubte, das werde schneller eintreten, wenn man den Schmutz und die künstliche Patina entferne.

Die Fensterreinigungsanstalt war mit ihrer Arbeit fertig und da zeigte sich, daß das Bismarckdenkmal stellenweise blank geblieben, über und über voll heller und dunkler Stellen, kurz ganz fleckig geworden war. Vielleicht hatte die Reinigungsanstalt Stahlbürsten verwendet. Man sah ein, daß das nicht so bleiben könne und man kam nun auf ein gentiles Mittel: Die Fensterreinigungsanstalt ließ Bismarck die mit Broncepulver anstreichen. In der Stadtverordnetenversammlung wurde anggeführt, daß die feinen Verzierungen vollständig die mit in Lack eingerührter Bronze verschmiert worden waren.

Das konnte nun natürlich erst recht nicht so bleiben, fäntemalen der Bronceanstrich auch bald ganz abfäntlich schwarz geworden war, und obwohl ein Mitglied der Denkmalkommission, Dr. Schwenfeld (hoffentlich nicht der Fabrikant der Künstlerfarben!) das fleckige Denkmal in seiner Abwechslung von hellen und dunklen Stellen für interessant gefunden hatte, ging man doch wieder daran, diesen Bronceanstrich zu entfernen.

Wie sehr aber in der Praxis dieser Zweck der Umrahmung, das Schriftbild zusammenzufassen, zu begrenzen, die Schriftzeilen einzuschließen, zusammenzubringen, verkannt wird, lehrt ein Gang durch die Straßen, und ein Studium der Firmenbilder. Es ist eigentlich kein Wunder, daß es so ist, denn die Publikationen über das Firmenwesen, die mit großer Fleißigkeit an den Maler verhöfert werden, lehren es ja nicht anders, und so kommt es, daß in der praktischen Lehre von solchem „theoretischen Kram“ selten die Rede ist. Nun das zu illustrieren, sehen wir eine Probe aus einem für die Malerpraxis bestimmten Lehrbuche, besitz: Moderne Schriften von Heinrich Tidbat hierher. Und wenn die Schrift besser wäre, würde sie doch nicht wirken, weil diese schreckliche Umrahmung sie erdrückt.

Mit diesem Musterbilde sind wir übrigens auch wieder bei der brutalen Unleserlichkeit angelangt, die ja bei Schildern dieser Art kein Fehler ist; daß sie aber nicht nur bei gemein gezeichneten Schriften vorhanden ist, sehen wir aus besseren Publikationen über das Schriftwesen, wie z. B. Behndorffers Schriftatlas es ist. Abb. 7 stammt wieder daraus, das Schild ist auch von M. F. Grabl gezeichnet. Es ist gewiß nichts auffallendes an diesem Schild, ein Text, wie er laufendemale vorkommt, aber welche geistliche, das wichtigste hervorhebende Anordnung finden wir hier. Ein ähnliches Schild von leichter Lesbarkeit und guter Anordnung der Schriftzeilen und vortrefflicher Anordnung

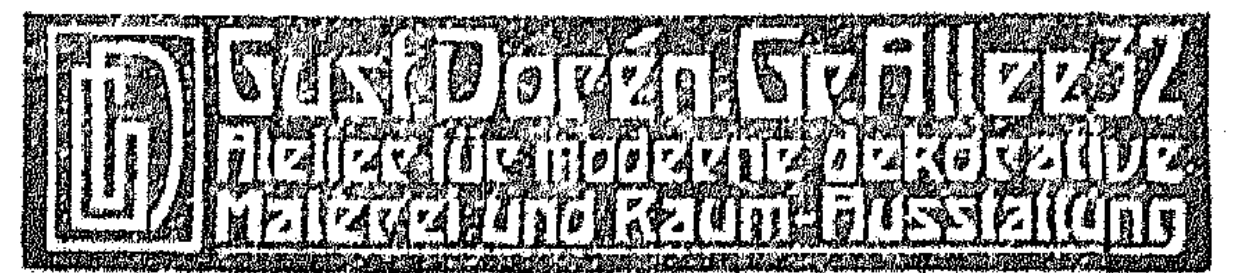


Abb. 8.

im Raum ist Abb. 8, die auch den Charakter der Schrift durch alle Zeilen bewahrt. Die nächsten Abbildungen sollen sich noch näher mit diesen Charakterischriften befassen.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitsweisen und Rezepte.

Augenverletzungen durch Stalk. Vor einiger Zeit haben Dr. Andrae und Dr. Singer darauf aufmerksam gemacht, daß bei Verletzungen des Auges durch Stalk, im Gegenstoß zur gewöhnlichen Meinung, gerade die sofortige Anwendung von Wasser durchaus vorteilhaft ist. Die bisherige Meinung, daß beim Zusammenstoßen von Wasser mit Calciumpräparaten gleich ein hoher Sphagrad entstehe und dadurch das Auge gefährlich verlegt werde, sei irrig. Beim Lösen geringer Mengen Aehstalt mit großen Wassermengen ist die Temperaturerhöhung sehr unbedeutend. Die Anwendung von Wasser bei Augenverletzungen durch Stalk darf aber nicht dadurch geschehen, daß man das Auge mit nassem Tüchern oder einem nassen Schwamm auswäscht, wie die Laien gewöhnlich verfahren, sondern in folgender Weise. Der Verletzte wird sofort auf die ebene Erde gelegt; dann nimmt man ein gereinigtes Gefäß mit Wasser, etwa eine Maßflasche oder einen Topf, füllt es mit reinem Wasser und hält die Auglider mit gereinigten Händen weit auseinander. Nun läßt man aus 1/2 Meter Höhe einen dünnen Wasserstrahl so lange durch das Auge laufen, bis aller Stalk entfernt ist. Auf solche Weise angewandt, ist das Wasser bei reichlicher Menge für das Auge unschädlich. Daß der Verletzte nach erfolgter Prozedur zum Augenarzte behufs nötiger weiterer Behandlung gebracht werden muß, ist selbstverständlich. Die empfohlene Anwendung von Del oder Glycerin soll der vorstehend beschriebenen des Wassers bis weitern nachstehen.

Lack für Vergoldung. Unedle Vergoldung muß, wenn sie nicht schwarz werden soll, lackiert werden, unter Umständen tut eine solche Lackierung auch echter Vergoldung not. Kollege N. teilt mit, daß ein guter Heberzuglack aus weissem Schellack, der mit einer Beimischung von Mastix in Spiritus aufgelöst wird. Die Vergoldung wird damit lackiert und der Lack dann mit einem Kohlenfeuer, das man an der Vergoldung hinführt, angeglüholt.

Seht wurde das Bismarckdenkmal eingeseift. Mit bester Schmierseife, damit sich der Bronceanstrich löste. Drei Beamte vom Stadtbauamt wurden beordert, die Reinigung zu überwachen, daß nur Schmierseife und warmes Wasser verwendet werde. Auch der Steinsockel war durch die Reinigung und durch den Bronceanstrich beschmutzt worden, der mußte nun auch mit Seife und Wasser behandelt werden.

Als das endlich soweit war, kam man auf den Ausweg, dem Broncedenkmal eine neue künstliche Patina zu geben, was dann auch nach Angabe des Bauwats Maltke nicht ganz gelungen zu sein scheint, denn das Aussehen des Denkmals stift immer noch auf Widerspruch. Derselbe Bauwat kündigte dann der Stadtverordnetenversammlung an, daß die Schmutz- und Krustensubstanz an dem gegossenen Bismarck jetzt dadurch verhindert wird, daß — die Feuerwehr ihn alle 14 Tage nach Sonnenuntergang oder vor Sonnenaufgang — abspritzt. —

Die technische Behörde der Stadt, die auch einen Stadtechemiker hat, zeigte sich an dieser Geschichte in allem wissenschaftlichen Glanze. Von allen Seiten waren Gutachten eingeholt, auch von dem Ergieker v. Miller in München. Und trotzdem dieser Erfolg! Wie würden diese Behörden erst mit der Meiwelfrage umgehen, wenn unsere Kollegen etwa deren Bewältigung auf kommunalen Verwaltungssphären erhoffen sollten. Man könnte dabei zu einer Anzahl von Gutachten über die Meiwelfrage (siehe Halle und Kiel), mit denen die Meiwelfrage ein großes Kantam schlingen, und hinter denen bei näherem Zusehen nichts weiter steckt, als stadtbauamtliche technische Verschlagenheit, mit der sich, wie Figura zeigt, kein Hund vor den Ofen locken läßt. —

Und zum anderen zeigt diese Geschichte, daß es nicht so verlockend ist, ein berühmter Mann zu sein, nach dem Tode denkmal zu werden und sich in diesem hilflosen Zustande den technischen Intelligenzen der Stadtbauämter preisgeben zu müssen. H. H.

Gewerkschaftliches und Soziales.

— Eine Gesellschaft für soziale Medizin hat sich in Berlin gebildet, die ihre Wirksamkeit auf ganz Deutschland ausdehnen will. Die Gesellschaft bezweckt die wissenschaftliche und praktische Betätigung auf allgemein- und gewerbehygienischem, sowie auf volkswirtschaftlichem Gebiet.

Für den Schaden, den der Arbeiter durch die vom Unternehmer absichtlich unterlassene oder veräußerte Verwendung von Versicherungsmarken hat, ist der Unternehmer nicht ersatzpflichtig. So hat kürzlich das Reichsgericht entschieden. Der im Jahre 1900 erwerbsunfähig gewordene Klägerin wurde von der Landesversicherungsanstalt der Hauptstädte die Gewährung einer Invalidenrente verweigert, weil statt der erforderlichen 200 Mark nur 194 für sie geltend waren. Sie behauptet nun, das sie vom 1. August 1896 bis 20. April 1897 bei dem Verletzten in Dienst gestanden hätte, daß dieser das Einleiben der Versicherungsmarken unterlassen und dadurch den Verlust der Rente für sie schuldigerweise herbeigeführt hätte. Sie machte den Verletzten für ihr durch erwachsenen Schaden verantwortlich und klagte den entsprechenden Rentenbetrag von 150 M jährlich gegen ihn ein. Das Berufungsgericht wies die Klägerin ab, weil ihr aus der fraglichen Unterlassung des Einlebens der Marken ein privatrechtlicher Anspruch nicht entstanden wäre. Das Reichsgericht (dritter Zivilsenat) hat sich dieser Auffassung angeschlossen und die Revision für unbegründet erachtet, da der Entschädigungsanspruch weder auf ein ansehnliches Verschulden noch auf eine privatrechtliche Verpflichtung des Arbeitgebers gestützt werden könne. Auf ein außerkontraaktliches Verschulden nicht, weil nach dem hier in Frage kommenden gemeinen Recht jeder nicht allgemein für den durch seine Schuld, sondern nur für den durch seine Negligenz verursachten Schaden, der im vorliegenden Falle nicht angenommen werden könne, hafte und, weil das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 26. Juni 1889 keine Vermutung darüber enthält, daß die Zulassung gegen das Gesetz für den dadurch erwachsenen Schaden haftbar mache; auf eine privatrechtliche Verpflichtung nicht, weil der ganze Charakter des Gesetzes wie aus seiner Entstehung, Begründung und zahlreichen Bestimmungen ersichtlich, im wesentlichen und prinzipiell ein öffentlich-rechtlicher sei, mithin auch die den Arbeitgebern auferlegten Pflichten nicht als privatrechtliche, sondern als öffentlich-rechtliche konstituiert werden müßten.

Versammlungsberichte.

Baden-Baden. Hier hat sich, nachdem in einer öffentlichen Versammlung durch unser Lagerschlichter der erste Versuch misslungen war, in aller Stille unter Protektion der Weisler ein sogenannter Lokalverein gegründet, dem 6-8 abhängige Kollegen sowie sämtliche Mitglieder des Gehilfenauschusses angehören. Nachdem unsere Filiale einen Tarif mit recht bescheidenen Forderungen ausgearbeitet, erlitten wir Anfangs Januar in persönlicher Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Lokalvereins denselben, gemeinsam mit uns vorzugehen, später sollte dann eine öffentliche Versammlung stattfinden; den Beschluß dieser Versammlung sollte dann der Gehilfenauschuh den Weislern unterbreiten. In der Versammlung des Lokalvereins, die von 9 Personen besucht war, wurde ein Zusammengehen mit uns abgelehnt und beschlossen, auf eigene Faust vorzugehen. Ein eigentümlicher Staffellarif, der unter vieler Spreu auch einige der von unserer Seite vor zwei Jahren aufgestellten Forderungen, ständige Lohnzahlung, Gerüstzulage usw. enthielt, wurde der Forderung einmüchtig. Jetzt glaubten die harmoniebuseligen Vereinsmitglieder eine ungeheure Selbstentlastung vollbracht zu haben; allein der Schaden war größer als gedacht. Jede zeitgemäße Reform wurde von der Forderung rundweg abgelehnt. Es kam in der Hauptfrage folgender Tarif zustande: 40 % Stundenlohn für bessere Arbeiter, für „mittlere“ und „schlechte“ Arbeiter wird der Lohn nach Verleihen des Meisters festgesetzt. 36 % für Gehilfen unter 21 Jahren. Zur Dekoration des Tarifes folgen dann Sätze von 43 % für selbständige Maler, 45 % für Dekorationsmaler und höher. Einführung einer 1½stündigen Mittagspause, Dauer der Arbeitszeit bis 1/7 Uhr abends, bisher 6 Uhr. Tarifdauer 2 Jahre. Um die Kammer vollständig zu machen, hat der Gehilfenauschuh diesem Tarif, der die alten unregelmäßigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf weitere zwei Jahre festnagelt, ja teils noch verschlechtert, seine Zustimmung gegeben. Auch lehnt es der Gehilfenauschuh ab, in einer öffentlichen Versammlung über seine Tätigkeit Bericht zu erstatten. Da dieses Tarifsystem am 1. März d. J. in Kraft treten soll, wurde von unserer Seite eine öffentliche Versammlung am 18. Februar abgehalten, welche sich in lebhafter Diskussion mit dem Tarif und dem eigenartigen Verhalten des Gehilfenauschusses beschäftigte. Beherrschter war zur Versammlung schriftlich eingeladen, zog es aber vor nicht zu erscheinen. Kollege Fuß unterzog das Gebahren des Gehilfenauschusses einer vernichtenden Kritik und forderte alle nichtorganisierten Kollegen zum Beitritt in unsere Zentralorganisation auf. Es wurde dann der Tarifentwurf unserer Filiale einstimmig angenommen: Mindestlohn 41 % pro Stunde; Gehilfen, welche diesen Lohn schon haben, 6 % Verbesserung. Für Gehilfen unter 19 Jahren 38 %; 8 tägige Lohnzahlung; Einführung der Frühstücks- und Vesperpause je ¼ Stunde usw. Ferner gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige öffentliche, von 60 Personen besuchte Maler- und Gehilfenversammlung legt entschieden Protest ein gegen das Vorgehen des Gehilfenauschusses, der, ohne die gesamte Gehilfenerschaft zu hören, einen Tarifentwurf ausgearbeitet hat, welcher einen Rückschritt statt eines Fortschrittes darstellt. Die Versammlung lehnt es ab, diesen Tarif anzuerkennen und beauftragt den Beamten des Zentralverbandes, Kollegen Fuß, mit der Forderung neue Verhandlungen anzuknüpfen. Die Anwesenden treten Mann für Mann der Organisation bei und verpflichten sich zu treuem und festem Zusammenhalten zur Wahrung ihrer Interessen.“

Wochum. Am 3. Februar fand hier die diesjährige Wahl zum Gehilfenauschuh der hiesigen Anwaltskammer statt und es gelang uns, alle fünf zu wählenden Ausschuhmitglieder sowie deren Stellvertreter durchzuführen. — Am 12. Februar tagte eine gut besuchte öffentliche Versammlung. Auch einige Kollegen von unserer christlichen Konkurrenzorganisation waren vertreten. Neben der wirtschaftlichen Lage der Maler- und Anstreichergehilfen in Wochum eine zufriedenstellende? referierte Kollege Salzmann aus Büdingen. In seinem Vortrage führte Medner aus, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeit-

ter, also auch die der Maler- und Anstreichergehilfen nicht nur in Wochum, sondern im ganzen hiesigen Industriegebiet überaus verheerend bedürftig sei und bemerkte, daß dies nur durch die Organisation erreicht werden könnte. Er wies ferner darauf hin, daß der moderne Arbeiter sich neben seiner Berufsorganisation auch auf politischem Gebiet orientieren müsse, da der durch Eingriff der gewerkschaftlichen Organisation erreichte höhere Verdienst größtenteils aufgehoben würde durch Steuern, Zölle usw. In seinen Ausführungen streifte er die neuen, nächstes Jahr in Kraft tretenden Handelsverträge. Ein Medner aus dem christlichen Lager warf sich nach Zentrumskart natürlich zum Verteidiger der Zölle auf, erhielt aber die gebührende Antwort. Die weitere Diskussion bewies, daß die Lage der Gehilfenerschaft in unserem Berufe noch trauriger ist, als im Allgemeinen angenommen wird. Jedoch der Organisation beizutreten und an der Verbesserung ihrer eigenen Lage mitzuarbeiten, fällt den Herren in ihrem Künstlerstolz nicht ein. Leider muß auch die Tatsache konstatiert werden, daß selbst alte verheiratete Kollegen, die jahrelang der Vereinigung angehören, keine Versammlungen besuchen, nicht einmal eine öffentliche. Daher kommt es dann, daß die hiesige Filiale nicht vorwärts kommen kann, trotz aller Mühe und Arbeit, der sich ein paar Kollegen unterziehen. Die Kollegen, die bei der jetzigen Arbeitszeit von 7 Stunden den traurigen Mut haben zu der Ansrede: „Ich habe keine Zeit“, sie tragen die Schuld, daß in Wochum fast in jeder Mitglieberversammlung ein oder ein paar neue Vorstandsmitglieder gewählt werden müssen, weil sie selbst zu faul sind, einen Posten zu bestreiten oder haben sie einen solchen zur Not angenommen, sich das ganze Jahr nicht mehr darum kümmern, selbst auf direkte Einladung hin nicht erscheinen. Zum Schluß der Versammlung wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute am 12. Februar in Schäfers Lokal tagende öffentliche Versammlung der Maler- und Anstreichergehilfen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie vertritt den Standpunkt, daß zur Sicherung Durchführung der Lohnforderungen eine entsprechende Stärkung der Organisation nötig ist und fordert alle der letzteren noch fernstehenden auf, sich so bald als möglich der Vereinigung der Maler- und Anstreichergehilfen anzuschließen. Weiter spricht die Versammlung ihre volle Sympathie den kämpfenden Vorleuten aus. Sie bedauert, daß der Kampf erfolglos abgebrochen ist und vertritt den Vergewaltigten, für die Zukunft zur Verbesserung ihrer Lage tatkräftige Unterstützung.“ Der Referent forderte in seinem Schlußwort auf, unermüdet weiter zu agitieren und zu organisieren. Und nun Kollegen von Wochum, beweist, daß ihr etwas leisten könnt und mehr zu leisten imstande seid, als „Bravo“ und „Sehr richtig!“ zu rufen. Zeigt, daß ihr Euer Mundwerk nicht nur am Hertlich gebrauchten könnt, sondern auch da, wo es gilt, indifferenten Kollegen heranzuziehen oder die alten hummeligen Kollegen zu regerem Besuch der Versammlungen zu ermuntern.

Hamburg. Vom 14. bis 17. Februar fanden sieben Bezirksversammlungen statt. Auf Beschluß der Quartalsversammlung vom 25. Januar stand außer der Erstattung des Jahresberichts die Erhöhung des Beitrages für 35 Sommerwochen von 45 auf 50 % pro Woche auf der Tagesordnung. Gründe für Erhöhung des Beitrages waren: Mindereinnahmen aus örtlichen Einrichtungen, deren erhebliche Mehrausgaben gegenüberstehen; darunter zu erwartende erhöhte Beiträge an das Kartell und die Bauarbeiter-Zentralmission. Unkosten, verbunden mit dem im März dieses Jahres hier stattfindenden Generalversammlung der Vereinigung, ferner der Umstand, daß die Filialkassen trotz entgegenstehendem Wünsche vieler Mitglieder nur 1000 M zur Unterstützung der Vergarbeiter abführen konnte und das Sammeln auf Listen in der alljährlich wiederkehrenden Zeit langer Arbeitslosigkeit der Mehrzahl der Mitglieder weniger einträglich ist. Aus diesem Grunde erschien eine bessere Fundierung der Kassenverhältnisse notwendig, um in Zukunft nötigenfalls das Solidaritätsgefühl in künftiger Mängel der Anzahl der Mitglieder entsprechend besser zum Ausdruck bringen zu können. Vor allem war es auch notwendig, im Hinblick auf die beabsichtigte Verschmelzung der Filialen Hamburgs und Umgegend eine einheitliche Beitragsregelung anzubahnen, um so mehr, da schon in einigen der in Frage kommenden Filialen ein Beitrag von 50 % erhoben wird. Die Mitglieder haben sich denn auch der Erkenntnis nicht verschlossen, daß für eine moderne Organisation, die den Klassenkampf auf ihre Fahne geschrieben hat, vor allem gut fundierte Kassenverhältnisse erforderlich, ja notwendig sind, um der weiteren, glänzigen Entwicklung der Organisation die Wege zu ebnet. Die große Mehrheit der Anwesenden stimmte der Erhöhung zu. Bedauerlich ist aber die Tatsache, daß die übergroße Mehrheit der Mitglieder den Versammlungen fern geblieben ist. Wenn man auch, die wichtige Tagesordnung und dazu die bringende Einladung jedes einzelnen Mitgliedes in Betracht ziehend, annehmen kann, daß sich viele Mitglieder von vornherein mit der Beitragsregelung abfinden und ihr Verbleiben wohl als stillschweigende Zustimmung aufzufassen ist, so zeigt doch das Fehlen bei der Beratung und Beschlußfassung so weitgehender, das Interesse der Organisation und damit auch jedes einzelnen Mitgliedes berührender Fragen eine Gleichgültigkeit, die den in Betracht kommenden Mitgliedern nicht zur Ehre gereicht. An Euch, Kollegen, die Ihr den Versammlungen ferngeblieben seid, liegt es nun, Eure Interesselosigkeit etwas wieder gut zu machen, indem Ihr dafür sorgt, daß der erhöhte Beitrag ab 1. März regelmäßig entrichtet wird. Mächtig Eure Frauen und die, welche an Eurer Stelle die Beiträge entrichten, darüber auf, damit den Hauskassierern keine Schwierigkeiten gemacht werden und sich die Einziehung der Beiträge auch fernerhin in geregelten Bahnen vollzieht zum Wohle unserer Organisation. Am 9. März findet ein Unterhaltungsabend bei Tütze statt, zu dem Karten zu 20 % bei den Hauskassierern und im Bureau zu haben sind.

Eingefandt.

Aus Mainz wird uns berichtet: Wer kennt in unserer Gegend nicht die bekannte Waggonfabrik Gebr. Gastell in Mombach bei Mainz (sogen. Wochsbloos)?

In dieser Fabrik arbeiten zirka 100 Laktierer, von denen 32 organisiert sind. Schon im Jahre 1896, bei Gründung unserer Filiale wurde der Versuch gemacht, diese Kollegen unserer Organisation zuzuführen. Jedoch mit dem Mangel dieser Kollegen hatten wir schwer zu kämpfen, denn Fabrikarbeiter war ja auch was ganz anderes als Bauarbeiter. Sie sagten sich, was kann uns eure Organisation helfen, wir kommen doch nicht in die Lage, Bauarbeiter zu

werden. Jedoch die Sache kam anders als sie dachten. Nach den 2 gewonnenen Streiks in Mainz, wo unser Lohn- und Arbeitsverhältnis wesentlich gebessert wurde, während diese Fabrik in allem zurückblieb, sahen sich viele gezwungen, dahin zur Arbeit zu gehen, wo sie mehr verdienen, zu den Bauarbeitern. Hier kamen sie in die Hände gut organisierter Kollegen, welche sich über den Nutzen und Wert unserer Organisation aufklärten und als Verbandsmitglieder gewannen. Im Winter, wo das Baugeschäft in Mainz etwas ruht, lehrten diese organisierten Kollegen wieder in die Fabrik zurück und somit wurde der erste Same unseres Verbandes hineingetragen, der auch einige Früchte bis jetzt brachte.

Obwohl trotz vieler Mühe ist es nicht gelungen, größere Fortschritte zu machen. Die Schuld liegt daran, daß von 100 Kollegen 30 als Wagenlaktierer, 15 als Maler und 55 als Hilfsarbeiter betrachtet werden, letztere zum großen Teil das Geschäft gar nicht gelernt haben, somit auch vorübergehend Beschäftigung haben und keiner weiß, ob er noch in kurzer Zeit als Laktierer tätig ist.

Nach eingezogener Statistik sind die Lohnverhältnisse folgende: Stundenlohn 35-45 %, Arbeitszeit 10 Stunden pro Tag. Frühstückspause 20 Minuten; 1 Stunde Mittag.

Wenn man dieses Lohnverhältnis überschaut, ist es ein recht trauriges, denn der größte Prozentsatz der Kollegen hat im Durchschnitt 3.80 M bis 4 M pro Tag.

Die Frauen sind so kurz angelegt, daß ein Kollege nicht die nötige Zeit hat, seine Hände zum Essen gründlich zu reinigen, denn vor „Läuten“ darf niemand die Arbeitsstätte verlassen und pünktlich muß er wieder antreten, sonst gibt's Strafen von 50 % bis 1 M. Die Waschgelegenheit läßt sehr viel zu wünschen übrig, daher auch die vielen Meierkrankungen. Die Akkordarbeit steht in voller Blüte. Bei größter Anstrengung kann es der Kollege auf 27-30 M bringen, jedoch nur 21 M gibt es Abschlag und wer zu fleißig war, es über 50 % die Stunde im Akkord brachte, erhält ja nicht mehr als 50 % die Stunde ausbezahlt.

Also hier hat die hochwohlwollende Direktion einen Maximal-, aber keinen Minimallohn gesetzt.

Als ein großer Mißstand ist zu betrachten, daß ein Partieführer eine gesamte Arbeit im Akkord übernimmt, hier nach Belieben Stundenlöhne zahlt und so auf die Kosten seiner Mitkollegen sucht, recht viel zu verdienen. In den geringeren Arbeiten werden nur Hilfsarbeiter verwendet, die doch nach unserer Meinung auch als Berufs-kollegen zu betrachten sind und so auch einen anständigen Lohn zu beanspruchen haben.

Es herrscht auch noch das sogenannte Vorschuhgeben. Ist ein Kollege in Not, so kann ihm geholfen werden, natürlich wird der Vorschuh ihm später am Akkord abgezogen. Ein Kollege, der 25 Jahre in der Fabrik tätig war, wurde bei einer solchen Gelegenheit getroffen: „Sehen Sie mal, 25 Jahre haben wir Sie ernährt, Sie haben schon sehr viel bei uns bekommen und wir bekommen noch so und so viel von dem Vorschuh bazumal.“ Man sieht hieraus, daß die Verhältnisse in dieser Fabrik keine rosigen sind. Es wäre an der Zeit, daß es auch in den Köpfen der Laktierer etwas dämmern würde, denn gerade bei den alten Unfähigen hält es sehr schwer, sie zur Einsicht zu bringen. Mögen unsere Verbandskollegen in der Fabrik nicht erlahmen, kräftig weiter zu agitieren, damit sie alleamt zu unserer Organisation gehören. Dann ist die Zeit nicht mehr fern, Verbesserungen zu schaffen. Dann wird auch der gute Ruf der Fabrik ein anderer und das Sprichwort im Kollegenmunde verschwindet: Wer Vater und Mutter nicht hört, kommt auf die Wochsbloos zum arbeiten. S. A.

Unter den vielen möglich und unmöglich auszuführenden Anträgen für die Generalversammlung befindet sich auch ein bemerkenswerter Antrag, welcher wohl von mehreren Filialen gleichzeitig hätte gestellt werden müssen. Er betrifft den Versammlungsbesuch. Wenn man die Versammlungsberichte liest, so trifft man immer wieder die alte Klage über den schlechten Versammlungsbesuch. Der Antrag, den die Filiale Cottbus gestellt hat, ist aber nicht weitgehend genug. Es ist schon Pflicht der Mitglieder, die Versammlungen zu besuchen, ohne das dieses ausdrücklich in den Statuten festgelegt wird. Die Filiale wird mit ihrem Antrag doch nicht sagen wollen, daß träge Versammlungsbesucher ausgeschlossen werden sollen? Wenn dies der Fall wäre, dann müßten in manchen Filialen die Mitglieder gleich kolonnenweise aus der Vereinigung ausgeschlossen werden. Der schlechte Versammlungsbesuch hängt sicher nicht mit der großen Bildung und dem vielen Wissen der Arbeiter zusammen. Ja, es kommt sogar vor, daß Beschlüsse, welche gefaßt worden sind, gleich in einer der nächsten Versammlungen umgestoßen werden, weil die Zustimmung eine andere geworden ist. Das kann unmöglich so weiter gehen, das ist ja der reine Pöbelackkurs!

Wer mehr als zwei Versammlungen hintereinander nicht besucht, ohne genügende Gründe zu haben, hat eine Strafe von 20 % zu zahlen, wer Generalversammlungen ohne Entschuldigung verläßt, hat 40 % Strafe zu zahlen. Die Strafgebühren werden zu Gunsten der oft sehr schwachen Lokalkassen verwendet. Die Strafgebühren werden im Mitgliedsbuch durch Extramarken quittiert. Am Eingang des Versammlungsraumes werden die Kontrollkarten abgestempelt.

Man wende nicht ein, daß diese Maßnahme ungerechter Zwang bedeute, oder gar zu neu sei, weshalb man es nicht einführen könne. Nun, ein Zwang ist es allerdings, aber ein berechtigter. Was ist denn nicht Zwang? Die Mitglieder, welche die Versammlungen besuchen, haben keinen Schaden von dieser Maßregel, die lässigen Versammlungsbesucher mögen ruhig ihr gespartes Biergeld als Strafgebühren zahlen. Ausnahmen könnte man bei längerer Arbeitslosigkeit machen, aber auch nur dann, wenn die Stundung der Beiträge erfolgt ist.

In der Schweiz ist sogar in der Partei das Strafgebühren eingeführt und sind die Strafen höher, als ich sie vorbrachte. Ich wünsche, daß die Generalversammlung in Hamburg die Sache gründlich bespricht und ich zweifle nicht, daß die Generalversammlung den Antrag akzeptieren wird im Interesse der Vereinigung. Frankfurt a. M. W. B.

Briefkasten.

Dortmund. Seite 5678. 1. Eine bestimmte Stadt können wir nicht vorschlagen, denn ein anständiges Leben führen kann man überall und ist doch erste Pflicht eines vernünftigen Menschen. 2. Ja, abonniere auf die „Deutsche Maler-Zeitung“, Verlag Callwey-München, Finkenstraße 2.